**Mündliche Anfrage 514**

**der Abg. Kathrin Dannenberg (DIE LINKE)**

**Gespräch der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Präsidentin der Europäischen Kommission am 18. März 2021 – Entscheidung der Europäischen Kommission zur Europäischen Bürgerinitiative „Minority SafePack – one million signatures for diversity in Europe“**

Am 18. März 2021 fand ein Gespräch der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit der Präsidentin der Europäischen Kommission statt. Im Vorfeld hat der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke verschiedene Schreiben, darunter von der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) und der Domowina – Bund Lausitzer Sorben, erhalten, die sich auf die Europäischen Bürgerinitiative „Minority SafePack – one million signatures for diversity in Europe“ (MSPI) beziehen. In den Schreiben wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass der Ministerpräsident persönlich dazu beitragen wird, dass die Anliegen von mehr als einer Million Bürgerinnen und Bürger und der Minderheiten in Europa nicht verworfen, sondern in Zukunft doch noch umgesetzt werden. So wie durch entsprechende Schreiben an andere Ministerpräsidenten wurde auch der Brandenburger Regierungschef gebeten, die Interessen der Minderheiten in Bezug auf die MSPI beim Treffen mit der Kommissionspräsidentin vorzutragen und die geplante Resolution zu den europapolitischen Anliegen der Länder um die Forderung nach einer kohärenten Minderheitenschutzpolitik im Sinne der MSPI zu ergänzen.

Ich frage die Landesregierung:

Welche Position hat der Ministerpräsident des Landes Brandenburg beim Gespräch der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Präsidentin der Europäischen Kommission am 18. März 2021 in Bezug auf die Europäische Bürgerinitiative für mehr Minderheitenschutz in der Europäischen Union und die Forderung nach einer kohärenten Minderheitenschutzpolitik auf EU-Ebene vertreten?

**Antwort der Chefin der Staatskanzlei Kathrin Schneider vom 25.03.2021**

Das Land Brandenburg hat sich als eines der aufgrund der Zugehörigkeit eines großen Teils des angestammten sorbischen Siedlungsgebietes zum Landesgebiet am stärksten betroffenen Länder sehr für die „Minority SafePack“ -Initiative eingesetzt.

Nach deren Ablehnung durch die Europäische Kommission hat der Beauftragte für Angelegenheiten der Sorben/Wenden nachdrücklich bekräftigt, dass das Land Brandenburg ungeachtet dessen an seiner Minderheitenpolitik festhalten und die kulturelle und sprachliche Vielfalt weiter fördern wird.

Im Austausch zwischen den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Präsidentin der Europäischen Kommission am 18. März 2021 wurde das Thema und die gemeinsame Haltung aller Länder von Herrn Ministerpräsident Günther angesprochen und erörtert. Seitens der Länder wurde die Enttäuschung über die Weigerung der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Initiative zum Ausdruck gebracht.

Der Ministerpräsident hat das Anliegen bekräftigt, dass die Europäische Kommission vor dem Hintergrund der Bedeutung des Minderheitenschutzes die Initiative einer erneuten Prüfung unterzieht.